

bdt 0233 4 pl 303 dpa 4158 1241

Finanzen/Föderalismus/

(dpa-Gespräch - Zusammenfassung 1245) Althaus sieht Zeitdruck bei Finanzreform - 50-Prozent-Chance =

Erfurt (dpa) - Die geplante Reform der Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern steht nach Einschätzung von Thüringens Ministerpräsident Dieter Althaus (CDU) unter Zeitdruck. Eine Einigung könne wegen der Wahltermine nur in diesem, spätestens im kommenden Jahr erfolgen, sagte Althaus in einem Gespräch mit der Deutschen Presse-Agentur dpa in Erfurt. «Die Chance, dass die Reform auf den Weg gebracht wird, steht nach meiner Einschätzung 50:50.» Sie macht nach Ansicht von Althaus nur Sinn, wenn sie von den Ländern einstimmig mitgetragen wird. Die im März begonnenen Verhandlungen einer Bund-Länder-Kommission zur sogenannten Föderalismusreform II sollen Mitte September fortgesetzt werden.

Althaus plädierte angesichts der verfassungsgebenden Mehrheit der großen Koalition in Berlin dafür, die Möglichkeiten für eine Änderung der komplizierten Finanzströme zwischen Bund und Ländern schnell zu klären. Für die Reform, die nach den Vorschlägen eines Beratergremiums um Alt-Bundespräsident Roman Herzog ein Verschuldungsverbot für Bund und Länder beinhalten soll, müssten Voraussetzungen geschaffen werden. «Es muss eine Ebene definiert werden, von der aus auch Länder mit Strukturproblemen im Wettbewerb bestehen können.»

Althaus verwies darauf, dass die neuen Länder wegen «teilungsbedingter Lasten» bei Produktivität, Kauf- und Steuerkraft noch nicht mit dem Westen mithalten könnten. Würden die Finanzhilfen für den Aufbau Ost zurückgefahren, bevor ein selbsttragender Aufschwung erreicht sei, «wäre das fatal», sagte der CDU-Politiker.

Der Landeschef bekannte sich zur Haushaltskonsolidierung. «Die Länder sollen sich verpflichten, im Grundsatz einen ausgeglichenen Haushalt aufzustellen.» Derzeit sei das auch wegen zusätzlicher Steuereinnahmen durch die stabile Konjunktur möglich. Der Thüringer Haushaltsentwurf für die Jahre 2008 und 2009 sieht erstmals Etats ohne neue Schulden vor.

Die Herzog-Kommission «Konvent für Deutschland» hatte in der vergangenen Woche ein 13-Punkte-Papier zur Föderalismusreform II vorgelegt. Darin wird die Abschaffung des Länderfinanzausgleichs, ein Verschuldungsverbot und die Gesetzgebungskompetenz der Länder für einige Steuerarten vorgeschlagen. Gespräch: Simone Rothe, dpa dpa ro yyth a3 mi